Bürgerbegehren gem. § 26 GO NRW: Mehr Wohnraum im Bundesviertel!

Der Hauptausschuss der Stadt Bonn hat in seiner Sitzung vom 7. Mai 2020 beschlossen, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Rahmenplanung Bundesviertel dahingehend anzupassen, den Wohnanteil deutlich zu erhöhen. Die Unterzeichnenden beantragen, in der Stadt Bonn die folgende Frage zur Entscheidung zu bringen:

wohn raum BONN

Sind Sie dafür, dass im Rahmenplan Bundesviertel der Anteil für das Wohnen auf 75% aller geplanten 900.000 Quadratmeter Neubauflächen angehoben wird mit einer Quote von 50 % öffentlich geförderten Wohnungen?

Begründung: Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler sind hoch attraktive Wachstumsregionen. Hier lebt es sich gut, und hier arbeitet es sich gut, das zieht auch viele Menschen aus der ganzen Republik und aus dem Ausland an. Der Rahmenplan Bundesviertel setzt dabei einen zusätzlichen Maßstab für die zukünftige Gestaltung eines wichtigen Gebietes in Bonn. Schon jetzt sind im Bundesviertel 45.000 Arbeitsplätze vorhanden und nur ca. 2000 Wohnungen (siehe Bericht Cityförster Text S. 28).

Dabei fehlen schon jetzt allein in Bonn Tausende Wohnungen. Und das Problem wird größer. Die Bevölkerungsstatistik geht eben auch aufgrund der dynamischen Arbeitsplatzentwicklung von einem Bevölkerungswachstum von 15 Prozent bis 2040 aus, dann werden in 20 Jahren zusätzlich 45.000 Menschen nur in Bonn auf Wohnungssuche sein - und die Lage ist im Rhein-Sieg-Kreis vor allem in den an Bonn angrenzenden Kommunen nicht anders.

Wenn dann - wie insgesamt in der Region - viel zu wenig Wohnungsbau getätigt wird, steigen die Mieten, und Menschen selbst mit „normalen“ Einkommen wie Polizisten oder Krankenschwestern werden immer weiter verdrängt. Mittlerweile haben etwa 50 Prozent aufgrund ihrer Einkommenssituation Anspruch auf eine öffentlich geförderte, mietpreisgedeckelte Wohnung. Doch davon gibt es in Bonn nur noch rund 10.000 - Tendenz fallend. Das sind etwa 6 Prozent des gesamten Wohnungsbestands. Wohnungswirtschaftlich gesund ist ein Markt, wenn der Anteil 12-14 Prozent ausmacht.

Nach den Vorgaben für den Rahmenplan Bundesviertel sollen dort nun 16.400 neue Arbeitsplätze entstehen und damit ein Schwerpunkt für die zukünftigen Büroarbeitsplätze in Bonn. Von den geplanten 900.000 Quadratmetern neuer Flächen sollen 60% auf das Arbeiten und nur 40% auf das Wohnen entfallen.

Wegen des bereits jetzt bestehenden Überhangs von Arbeitsplätzen in dieser Region ist es gerechtfertigt, den Anteil des Wohnens höher anzusetzen als den für das Arbeiten! Dies strebt dieses Bürgerbegehren an und fordert überdies, in diesem Gebiet mit einem bislang geringen Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen die Quote für öffentlich geförderte Wohnungen im Neubau auf 50% anzuheben. Dies soll dazu beitragen, dass die Beschäftigten mit geringeren Einkommen auch dort ein Wohnungsangebot finden können!

Hinzu kommt, dass ein übergroßer Teil der Arbeitnehmer*innen durch den Wohnraummangel zu ihrem Arbeitsplatz fahren muss. Dies ist auch ökologisch ein Fehler, denn dadurch entstehen schon jetzt erhebliche Verkehrsprobleme, Staus und Abgasbelastungen. Arbeiten und Wohnen gehören aber zusammen, damit Verkehrsbelastungen gering gehalten werden.

Kostenschätzung der Stadt Bonn gemäß § 26 Abs. 2 Satz 5 GO NRW
Im Falle eines Erfolges des Bürgerbegehrens bzw. Bürgerentscheids müsste der Rahmenplan Bundesviertel erneut (eine 1. Überarbeitung zur deutlichen Erhöhung des Wohnanteils hatte der Rat in seiner Sitzung am 07.05.2020 bereits beschlossen) überarbeitet werden. Dadurch würden weitere Kosten in Höhe von ca. 20.000 EUR entstehen.

Vertretungsberechtigt:
1. Ulrich Hamacher, stellv. Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bonn, Am Weidenbach 21, 53229 Bonn
2. Bernhard von Grünberg, Vorsitzender Deutscher Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e.V., Wolfstr. 10, 53111 Bonn
3. Johannes Bernhard Weede, Vorsitzender DGB Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg, Graurheindorfer Straße 143, 53117 Bonn

Name, Vorname	geboren am	Straße	Nr.	PLZ	Stadt	Datum	Unterschrift	bitte freihalten